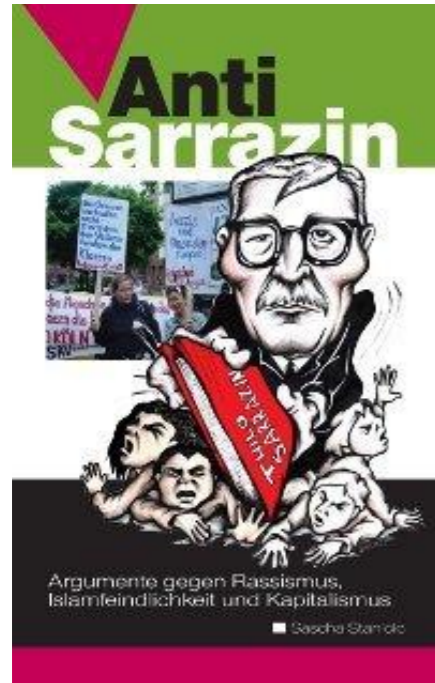


## Buchvorstellung: "Anti-Sarrazin" von Sascha Stanicic

Veranstaltung mit dem Autor am Montag, 11. April, im Welthaus Aachen, An der Schanz 1



Thilo Sarrazins Buch "Deutschland schafft sich ab" hat das Land polarisiert. Für die einen spricht er unbequeme Wahrheiten aus, für die anderen verbreitet er dumpfen Rassismus. Aber Sarrazins Buch ist auch eine Kampfschrift für eine Sozialpolitik gegen die Mehrheit der Bevölkerung. Er zeigt, dass Rassismus und Sozialabbau zwei Seiten der selben Medaille sind.

"Anti-Sarrazin" liefert nicht nur Argumente gegen Sarrazins Behauptungen und Forderungen. Es erklärt den Hintergrund der so genannten Integrationsdebatte und stellt Rassismus und Sozialabbau in einen geschichtlichen und gesellschaftlichen Zusammenhang.

### Aus dem Inhalt:

- \* Was sagt Sarrazin?
- \* Der Verlauf der Sarrazin-Debatte
- \* Über Intelligenz und Gene
- \* Was ist Rassismus?
- \* Islamfeindlichkeit als neuer Rassismus
- \* Migration und Lebensrealität in Deutschland
- \* Sarrazins Bildungs- und Sozialpolitik: neoliberal
- \* Aussichten für Rechtspopulismus

Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr. Der Eintritt ist frei,

## Wer wir sind und was wir wollen

Kein Arbeitsplatz ist mehr sicher. Alle sozialen Rechte sind bedroht. Die Umwelt geht kaputt. Eine kleine Minderheit besitzt die Banken und Konzerne und hält die wirtschaftliche Macht in ihren Händen.

Die SAV ist der Ansicht, dass gegen jede Verschlechterung und für jede Verbesserung gekämpft werden muss – nicht vereinzelt, sondern gemeinsam und organisiert. Dafür ergreifen wir Initiativen, dafür sind wir aktiv in der Partei DIE LINKE und in den Gewerkschaften. Alle Erfahrungen zeigen aber: Der Kapitalismus kann nicht zu einer friedlichen und sozial gerechten Gesellschaft umgestaltet werden. Deshalb gilt es, den Kampf für Verbesserungen mit dem Kampf für eine andere, sozialistische Gesellschaft zu verbinden.

Sozialismus heißt, dass planmäßig nach den Bedürfnissen der Menschen produziert wird, unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung. In der DDR gabes keinen Sozialismus. Dort herrschte eine abgehobene Bürokratie.

Die Diktatur der Konzerne muss überwunden werden. Weltweit. Dafür bedarf es einer internationalen marxistischen Organisation. Das Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI) will eine solche aufbauen. Die SAV ist Teil des CWI.

### Unsere Forderungen:

#### Arbeit, Bildung und Soziales

- ★ Weg mit Agenda 2010 und Hartz I bis IV
- ★ Mindesteinkommen von 750 Euro netto plus Warmmiete
- ★ Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde als erster Schritt zu einem Mindestlohn von 12 Euro
- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – in Ost und West
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Soziales, Bildung und Umwelt
- ★ Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheits- und Bildungswesen
- ★ Drastische Besteuerung von Gewinnen, Vermögen und hohen Einkommen
- ★ Nein zu Privatisierung – Rücküberführung privatisierter Betriebe in öffentliches Eigentum

#### Umwelt und Abrüstung

- ★ Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien
- ★ Abschaltung aller AKWs
- ★ Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr

#### Gegenwehr

- ★ Für die aktive Teilnahme der Partei DIE LINKE an Protesten auf der Straße und in Betrieben
- ★ Keine Beteiligung der LINKEN an Regierungen mit Sozialabbau-Parteien, egal ob als Koalition oder Tolerierung
- ★ Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften
- ★ FunktionärInnen dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Tariflohn
- ★ Gleiche Rechte für alle – gegen jede Form der Diskriminierung auf Grund von Nationalität, Geschlecht, Behinderung oder sexueller Orientierung

#### Sozialismus

- ★ Überführung der Banken und Konzerne in Gemeineigentum
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Durchschnittlicher Tariflohn und jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit aller Personen in Leitungsfunktionen
- ★ Statt Produktion für den Profit – Planung der Produktion nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur
- ★ Für eine sozialistische Demokratie weltweit

## INTERNATIONALISMUS STATT NATIONALISTISCHER SPALTUNG! NAZIS UND RASSISTEN ENTGEGENTRETEN!

----->Spende erbeten

Europaweit gehen Faschisten und Rassisten in die Offensive und versuchen, von der Krise des Kapitalismus zu profitieren. In Ungarn hat die rassistische Jobbik-Partei es im Jahre 2010 mit 47 Mandaten (12,18 Prozent) zur drittstärksten Partei gebracht. Sie hetzt vor allem gegen die Minderheit der Roma und macht diese für die Wirtschaftskrise verantwortlich. 2009 konnte die faschistische British National Party (BNP) in Großbritannien Mandate für das Europaparlament erringen. In den Niederlanden ist die speziell gegen Muslime und den Islam hetzende rechtspopulistische „Partei für die Freiheit“ (PVV) zur drittstärksten Partei geworden und hat gerade im limburgischen Grenzgebiet eine ihrer regionalen Hochburgen. Zur selben Zeit häufen sich in allen Ländern immer brutalere Angriffe von Faschisten auf MigrantInnen, GewerkschafterInnen, Linke und AntifaschistInnen.

In Deutschland ist die vor kurzem mit der DVU fusionierte faschistische NPD in zwei Landesparlamenten vertreten: In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen.

### Nazi-Gewalt im Aachener Raum

Obwohl Nazis und Rechtspopulisten bislang überregionale Wahlerfolge versagt blieben, mussten wir in den letzten Jahren eine zunehmende Radikalisierung und Brutalisierung der Faschisten auf den Straßen erleben. Die Region Aachen hat dabei traurige Berühmtheit erlangt. Dabei hat sich vor allem die „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) hervorgetan. Diese Neonazi-Bande wird von Schlägertypen wie René Laube aus Vettweiß und anderen vorbestraften Kriminellen geführt - so befand sich in ihren Reihen auch der verurteilte Bombenbastler Falko Wolf. Die KAL hat sich durch eine Serie von Überfällen und Gewaltakten gegen Linke und MigrantInnen in der Städteregion Aachen, sowie den Kreisen Düren und Heinsberg hervorgetan. Diese reichten von einem Überfall auf eine antifaschistische Demonstration 2008 bis hin zu hinterhältigen Gewaltattacken und Einschüchterungsversuchen gegen einzelne AntifaschistInnen und Linke. Außerdem sind sie vermutlich verantwortlich für Attacken gegen Parteibüros und Wohnhäuser und die Schändung des jüdischen Friedhofs.

Mitglieder der KAL sprachen auch wiederholt Todesdrohungen gegen Linke und Aussteiger aus der rechten Szene aus. Sie fühlen sich offenbar verdammt sicher, was eine Folge ihrer Einschüchterungspraxis ist. Inzwischen ist die KAL, die - trotz einiger Querelen mit der NRW-NPD - nach wie vor mit der Bundespartei zusammenarbeitet, zum Sammelbecken für Boneheads (rechte „Skinheads“), "Autonome Nationalisten", diffus radikalisierte Jugendliche, rechte Hooligans und allerlei Schlägertypen geworden.



Protest in Stolberg gegen die Naziaufmärsche im April 2008



Die Blockaden gegen den Naziaufmarsch in Dresden im Februar 2011 waren erfolgreich

### Staatlicher Rassismus

Die Basis für den Aufstieg und Erfolg der Nazis ist die tiefe soziale Krise und der zunehmende staatliche Rassismus. Immer wieder werden Ausländergesetze verschärft und MigrantInnen damit zu BürgerInnen zweiter Klasse gemacht. Dieser Rassismus wird von allen etablierten Parteien in unterschiedlichen Nuancen betrieben. Wenn CDU/FDP/SPD/Grüne Ausländergesetze verschärfen und Politiker wie der CSU-Mann Stoiber von „durchrasster Gesellschaft“ redet oder ex-Bundesbanker Sarrazin behauptet, dass bestimmte Menschen auf Grund ihrer Herkunft dümmere seien, dann bereitet das den Boden für Nazis. Letztlich ist Rassismus eine systematische Ungleichbehandlung auf Grund von Herkunft oder äußerlichen Merkmalen wie Hautfarbe etc. Das schürt Vorurteile und Angst.

Jahrelange Hetze und diskriminierende Aktionen wie die Rasterfahndung haben dazu geführt, dass heute Muslime (oder diejenigen, die dafür gehalten werden) unter Terrorverdacht stehen.



## Sündenbock

Immer wieder werden MigrantInnen von Politikern als Sündenböcke benutzt. Zu viele Arbeitslose - liegt alles an den MigrantInnen. Knapper Wohnraum und steigende Mieten – MigrantInnen sind schuld. Schlechte Ergebnisse bei der PISA Studie – auch hier sollen wieder MigrantInnen schuld sein. Natürlich ist das Blödsinn. Denn damit soll von den wirklich Schuldigen abgelenkt werden. Wer entlässt ArbeitnehmerInnen – der türkische Kollege oder der Unternehmer? Wer spekuliert mit Immobilien und lässt die Mieten steigen – die arabische Nachbarfamilie oder der Spekulant und Vermieter? Wer kürzt bei den Bildungsausgaben - die polnische Mitschülerin oder die Bundes- und Landesregierungen? Statt dass sich unsere Wut gegen die wirklichen Schuldigen richtet, so wie es normal wäre, sollen wir Nichtdeutsche für schuldig halten. Statt uns gemeinsam zur Wehr zu setzen, werden wir damit abgelenkt und gespalten. Die Hetze soll aber auch dazu dienen, MigrantInnen besonders gefügig zu machen. Sodass sie niedrigere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen, schlechteren Wohnraum zu höherer Miete und dumme Sprüche im Jobcenter oder bei der ARGE ohne großes Murren akzeptieren. So werden MigrantInnen als Lohndrücker eingesetzt.

## Faschisten stoppen - aber wie?

Die Aufmärsche, die Bedrohung und Gewalt gegen Nichtdeutsche und linke AktivistInnen müssen beendet werden. Das kann nicht durch symbolische Aktionen oder durch Multi-Kulti-Feste weit ab von Naziversammlungen erreicht werden. Auch vereinzelte mutige Aktionen von einzelnen AntifaschistInnen reichen nicht aus. Erfolge gegen Naziaufmärsche gab es in den letzten Jahren da, wo Massenmobilisierungen stattfanden und die Strategie von Massenblockaden konsequent verfolgt wurde. So in Dresden, wo 2010 und 2011 durch zehntausende Menschen und deren konsequente Blockaden Nazis daran gehindert wurden zu marschieren. Dies fügte den Faschisten eine große ideelle Niederlage ein. In einigen Orten wie Jena und Berlin wurde diese Blockadestrategie erfolgreich wiederholt. Solche Blockaden zu organisieren und Massen dafür zu gewinnen ist Aufgabe der Gewerkschaften, der Partei die LINKE und der sozialen Bewegung.

Darüber hinaus wäre es aber auch deren Aufgabe, die Ursachen für das Erstarken von Rassismus und Faschismus aufzugreifen: rassistische Propaganda, Sozialkahlschlag und Entlassungen. Wenn Deutsche und Nichtdeutsche gemeinsam gegen Massenentlassungen und Sozialkürzungen kämpfen, treten Unterschiede - z.B. ob und wenn, zu welchem Gott man betet – in den Hintergrund und es wird deutlich, dass wir gemeinsame Interessen haben. Dann wird deutlich: Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern - sondern zwischen oben und unten!

## Faschisten haben keine Lösung

Mit der Wirtschaftskrise versuchen sich Faschisten mehr und mehr als soziale Alternative auszugeben. Mit verbal-radikalen Phrasen versucht sich die NPD als einzige Oppositionspartei darzustellen, gegen die Politik der etablierten, bürgerlichen Parteien. Sie präsentieren sich als Fürsprecher des „kleinen Mannes“, des einfachen Deutschen. „Großindustrie und ausländisches Kapital, Ali und Mustafa, Drogensüchtige und Händler – sie alle haben bereits ihre Unterstützer im Parlament. Nur wir Deutschen haben niemanden mehr, dem wir vertrauen können.“ schreibt Holger Apfel (Vorsitzender der NPD Fraktion im sächsischen Landtag) auf einem Flugblatt der NPD. Die KAL klebt immer wieder Aufkleber mit scheinbar antikapitalistischen Sprüchen.

Doch die Praxis und ihre wahren Ziele sehen anders aus. So bekennt sich die NPD zum „freien und sozialverpflichtendem Unternehmertum“ (Grundsatzprogramm der NPD) – sie ist nicht gegen das Kapital, sondern nur gegen das ausländische Kapital. Zudem ist die NPD arbeitnehmerfeindlich, in Wahlkämpfen ließ die NPD immer wieder verlauten, sie sei für Zwangsarbeit für Erwerbslose. Frauen will die NPD zurück an Heim und Herd drängen, das formuliert sie geschickt mit Floskeln wie "Die Leistung der Hausfrau und Mutter neu würdigen (...)" sie sollte nicht aus finanziellen Gründen außerhäuslich arbeiten müssen, da der Beruf in der Familie sie voll auslastet.“

Wessen Interessen Nazis vertreten zeigt sich auch in ihren Handlungen, so griffen "Autonome Nationalisten" nicht nur in Aachen immer wieder AntifaschistInnen an, sondern attackierten in Dortmund auch eine Demonstration der Gewerkschaften am 1. Mai 2009.

### Hetze gegen Muslime und „den Islam“

Zunehmend löst eine - wesentlich mit Hilfe der Mainstream-Medien geführte - Hetze gegen „den Islam“ und gegen „nicht integrationswillige“ Muslime den „traditionellen“ Rassismus ab. Dabei wird „unsere christlich-abendländische“ Kultur „ihrer“ Kultur entgegengesetzt. Vor allem „Pro Köln / Pro NRW“ setzen auf die Anti-Islam-Karte und orientieren sich am niederländischen Vorbild von Geert Wilders' PVV und an der schweizerischen SVP. Ex-Bundesbanker Sarrazin schrieb ein ganze Buch voll mit Hetze gegen Muslime. Umso mehr kommt es darauf an, Menschen über Nationalitäts- und Religionsgrenzen hinaus zum gemeinsamen politischen und betrieblich-gewerkschaftlichen Kampf für gemeinsame Interessen zu bringen. Denn die Grenzen verlaufen weltweit zwischen "oben" und "unten“, zwischen Kapital und Arbeit. Die beeindruckenden revolutionären Bewegungen in den arabischen Ländern Anfang 2011 haben sowohl unter Deutschen als auch unter MigrantInnen große Sympathie erweckt und machen vor, was Massen durch Kampf erreichen können.

## Das Übel an der Wurzel packen – Kapitalismus abschaffen

Rassismus und Faschisten sind Teil dieses Systems. Sie dienen dazu, Beschäftigte und Jugendliche zu spalten und gemeinsame Gegenwehr zu verhindern. Wenn wir Nazis den Boden entziehen wollen, dann müssen wir das gesamte Gesellschaftssystem verändern. Im Kapitalismus geht es nur um den Profit einiger weniger Superreicher. Es geht nicht um die Bedürfnisse von Mensch und Natur, sondern nur darum die Gewinne von Banken und Konzernen zu vergrößern. Die Alternative dazu ist Sozialismus. Damit ist nicht das stalinistische und undemokratische System gemeint, welches in der DDR existierte. Dort herrschte ein Clique von Bürokraten, Demokratie gab es nicht. Sozialismus bedeutet, das nach den Bedürfnissen der Menschen und Natur produziert wird. Statt chaotischer Profitwirtschaft wird gemeinschaftlich produziert, dazu werden die Großkonzerne in Gemeineigentum überführt – demokratisch kontrolliert und verwaltet durch die Belegschaften und die Bevölkerung.

## Unsere Forderungen:

- ★ Weg mit allen speziellen Ausländergesetzen
- ★ Uneingeschränktes Asylrecht für Flüchtlinge
- ★ Gleiches Recht und Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen
- ★ Keine Räume und Plätze für Nazi Propaganda
- ★ Massenblockaden gegen Naziaufmärsche
- ★ Mindestlohn statt Hartz IV
- ★ Nein zu Massenentlassungen! Stattdessen: Überführung der Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle durch Belegschaften und Gesellschaft
- ★ Statt Produktion für Profite – Planung der Produktion nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur
- ★ Sozialistische Demokratie statt Diktatur der Banken und Konzerne



### Jetzt die Solidarität abonnieren!

Es gibt tausende von Zeitungen. Aber die Interessen von Beschäftigten, Erwerbslosen, Jugendlichen, ihr Alltag, ihre Probleme, ihre Ängste tauchen dort nicht auf.

Tausendmal wird "erklärt", warum die Bundeswehr im Ausland Frieden schafft, warum Merkel was gegen den Klimawandel tut, warum Lohnverzicht Arbeitsplätze sichert. Wir wollen tausendmal erklären, welche Ziele das deutsche Militär verfolgt, wer die Umwelt zerstört, weshalb die Reallöhne sinken und warum Nazis marschieren dürfen. Die Solidarität liefert Informationen, die sich bei BILD, ZEIT oder SPIEGEL nicht finden. Wir lassen AktivistInnen des Widerstands zu Wort kommen, berichten über die Debatten in der Partei DIE LINKE und über die Arbeit von kämpferischen GewerkschafterInnen.

Die Solidarität ist die Zeitung der SAV. Wir sind Teil einer

internationalen Organisation, des CWI (Committee for a Worker's International). Darum können wir aus erster Hand von der Revolution in Nordafrika, von den Massenprotesten in Wisconsin/USA und anderen Kämpfen berichten.

Die Solidarität ist nicht nur eine linke Zeitung, sondern auch eine sozialistische Zeitung. Wir befassen uns mit den Lehren der Arbeiterbewegung. Mit der Methode des Marxismus analysieren wir die Entwicklung des Kapitalismus. Vor allem aber zeigen wir eine Alternative zur Profitwirtschaft auf und machen Vorschläge, wie darauf hingearbeitet werden kann.

In der Solidarität geben wir eine Vision davon, wie eine Welt ohne Konzernherrschaft aussehen könnte.

Mach die Solidarität zu deiner Zeitung. Schreib uns von deinen Ideen und Erfahrungen.

### Abonniere die Solidarität, damit du...

- ...keine Ausgabe mehr verpasst
- ...hilfst, dass die Zeitung weiter verbreitet werden kann
- ...eine sozialistische Zeitung und die SAV unterstützt

o Ich möchte die Solidarität - Sozialistische Zeitung abonnieren (15 Euro / im Ausland 20 Euro pro Jahr)

o Ich möchte ein Förderabo der Solidarität - Sozialistische Zeitung mit einer monatlichen Spende von \_\_\_ Euro (ab 3 Euro pro Monat)

o Ich möchte Mitglied der SAV werden

Name \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_  
PLZ und Ort \_\_\_\_\_  
Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

### Wenn du die Solidarität bestellst,

- erhältst du pünktlich jeden Monat die neue Ausgabe
- zahlst du innerhalb Deutschlands 15 Euro im Jahr
- verlängert sich das Abo nach Ablauf um ein weiteres Jahr. Du kannst es jederzeit kündigen

Dazu ermächtige ich - jederzeit widerruflich - die SAV, 15 Euro / 20 Euro oder meine regelmäßige Spende von meinem Konto einzuziehen.

Name KontoinhaberIn \_\_\_\_\_  
Kontonummer \_\_\_\_\_  
Bank \_\_\_\_\_  
Bankleitzahl \_\_\_\_\_  
Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte senden an: SAV, Littenstr. 106/107, 10179 Berlin oder Fax: 030/24723804 oder E-Mail: redaktion@sav-online.de